

Der Vorsitzende des  
Gesundheitsausschusses  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-4554  
Telefax (0611) 31-3902  
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de  
Sachbearbeiter: Herr Weinert  
E-mail: dietmar.weinert@wiesbaden.de  
Wiesbaden, 18. April 2007

1. Den Mitgliedern des  
Gesundheitsausschusses
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

## **Einladung**

**zur öffentlichen Sitzung  
des Gesundheitsausschusses  
am Dienstag, 24.04.2007, um 17:00 Uhr,  
Zwerg-Nase-Haus (Besprechungsraum 2.OG),  
auf dem Gelände der Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken, Ludwig-Erhard-Straße 100**

-Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt.-

## **Tagesordnung**

1. **Zwerg-Nase-Haus**
2. **Gesundheitsschutz durch Impfen**

**3. 07-V-01-0004**

**DL 09/07-6**

Jahresbericht des Seniorenbeirates 2006

**4. 07-F-01-0025**

**ANLAGE**

Nichtraucherschutz

- **Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 15.3.2007** -

**5. 07-F-25-0036**

Schutz vor Passivrauchen

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 18.4.2007 -

Vorbemerkung: Die schädigenden Substanzen, die durch den Konsum von Tabak freigesetzt werden, beeinträchtigen nicht nur die Gesundheit der Rauchenden. Sie führen auch bei Nichtrauchern, die sich in Räumen aufhalten, in denen geraucht wird oder geraucht wurde, zu gesundheitlichen Schädigungen. Als Folge können Schlaganfall, Lungenkrebs, Herzkrankheiten, chronische Lungenerkrankungen usw. auftreten.

Eingedenk dieser Vorbemerkung möge der Gesundheitsausschuss beschließen:

Der Gesundheitsausschuss spricht sich für einen umfassenden Nichtraucherschutz auf kommunaler Ebene aus.

Der Gesundheitsausschuss begrüßt

1. die Beschlüsse des Nichtrauchergipfels v. 23.02.2007 und der Ministerpräsidentenkonferenz v. 22.03.2007, wonach

- der Nichtraucherschutz sichergestellt wird in Einrichtungen für Kinder und Jugendliche sowie im Bildungs- und Freizeitbereich, in Einrichtungen des Gesundheitswesens, Einrichtungen für künstlerische, unterhaltende oder historische Zwecke sowie in Verwaltungseinrichtungen der Länder und Kommunen

- Ausnahmen vom Rauchverbot in Gaststätten nur in abgetrennten Nebenräumen möglich sind

- Und Ausnahmen vom Rauchverbot nur dann zulässig sind, wenn zwingende konzeptionelle oder therapeutische Gründe dies rechtfertigen oder die Privatsphäre gewahrt werden muss.

2. das Vorhaben des Landes Hessen, die o.g. Beschlüsse zeitnah umzusetzen und damit auch entsprechende einheitliche Regelungen für die hessischen Kommunen zu erlassen.

**6. 07-F-25-0037**

Schutz Jugendlicher vor Alkoholmissbrauch

- Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 18.4.2007 –

Der Ausschuss möge beschließen:

Die Zahl der Jugendlichen, die regelmäßig Bier, Wein oder Spirituosen trinken hat auf Grund von Präventionsmaßnahmen abgenommen. Auch der Konsum alkoholischer Mixgetränke („Alkopops“) sei gesunken, berichtet die Suchtbeauftragte der Bundesregierung.

Doch immer mehr Jugendliche trinken exzessiv Alkohol („binge drinking“). Die Zahl der Jugendlichen, die mit einer Alkoholvergiftung ins Krankenhaus kamen, hat sich zwischen 2000 und 2005 verdoppelt, so die Berliner Fachstelle Suchtprävention. Das Jugendschutzgesetz sieht vor, dass kein Branntwein an unter 18-Jährige und keine anderen alkoholischen Getränke an unter 16-jährige abgegeben werden darf. Trotzdem mehren sich die Nachrichten über „Koma-Saufen“ und „Flatrate-Partys“ bei Jugendlichen.

Der Magistrat wird daher gebeten,

1. zu berichten, ob bekannt ist, dass in Wiesbadener Gaststätten Trinkpartys mit Pauschalpreis („Flatrate-Partys“) veranstaltet werden.

a. Falls ja, zu prüfen, welche rechtlichen Möglichkeiten die Stadt Wiesbaden hat auf die Gaststätten dahingehend einzuwirken, dass zukünftig keine Trinkpartys mit Pauschalpreis angeboten werden, bzw. dass das Jugendschutzgesetz eingehalten wird (Kontrollen durch Gaststättenbesitzer!).

2. zu berichten, welche Projekte und Aktionen im Bereich der Alkoholprävention im Jahr 2007 und folgende geplant sind (ähnlich der Plakatkampagne 2005).

a. Zu berichten, wie die Erfahrungen anlässlich der Aufklärungskampagne 2005 waren.

3. zu berichten, ob es Zahlen über die Einlieferung Jugendlicher mit Alkoholvergiftungen in Wiesbadener Krankenhäuser gibt und ob die Krankenhäuser in Kontakt zum Suchthilfezentrum (JJ) stehen.

4. zu berichten, ob die Möglichkeit einer Etablierung des Alkoholpräventionsprojekts HaLT (hart am Limit) für Kinder und Jugendliche, das speziell für die Gruppe der jugendlichen „Koma-Trinker“ entwickelt wurde, in Wiesbaden in Zusammenarbeit mit den Suchthilfeeinrichtungen besteht.

**7. 07-F-01-0045**

Bereichsplan für Rettungsdienste

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 18.4.2007 –

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, dem Gesundheitsausschuss in der nächsten Sitzung über die bereits im November 2006 beschlossene 2. Fortschreibung des Bereichsplans für Rettungsdienste zu berichten.

**8. 06-V-20-0041**

**DL 10/07-1**

HSK Rhein - Main GmbH und HSK, Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH,  
Aufwandsentschädigungen für Aufsichtsratsmitglieder

**9. Verschiedenes**

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Abt  
Vorsitzender